

# Schacht KONRAD: Die nächste Instanz

**BUND und NABU** reichen ihre Klage gegen die Atomendlager-Genehmigung beim Oberverwaltungsgericht ein

**Salzgitter.** Das Verfahren um Schacht KONRAD geht in die nächste Instanz. Der BUND Niedersachsen und der NABU Niedersachsen haben fristgerecht die Begründung für ihre Klage auf Rücknahme der Genehmigung von Schacht KONRAD als Atommülllager beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg eingereicht. Dazu erklären BUND-Landesvorsitzende Susanne Gerstner und Petra Wassmann als KONRAD-Beauftragte des NABU in Niedersachsen: „Ein Endlager darf nur in Betrieb gehen, wenn die Langzeitsicherheit nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik erwiesen ist. Dies ist bei Schacht KONRAD nicht der Fall. Die Lücken im Sicherheitsnachweis sind eklatant und mannigfaltig.“

Sie finden es falsch und gefährlich, sich wie „das Niedersächsische Umweltministerium und die Betreiberin auf die Sicherheitsanforderungen von 1983 zu berufen.“ „Für alle ande-



Ein Fall für das Oberverwaltungsgericht: BUND und NABU gehen weiter gegen Schacht KONRAD als Atomendlager vor. FOTO: SZ-PA/RK

ren potenziellen Endlagerstätten für radioaktive Abfälle gelten die 2020 verabschiedeten Endlager-Sicherheitsanforderungen und die werden - wie vom Umweltministerium Niedersachsen in seinem Bescheid bestätigt - von Schacht KONRAD nicht einge-

halten“, heißt es weiter. Deshalb klagen beide Verbände weiter darauf, den Planfeststellungsbeschluss zu widerrufen oder zurückzunehmen.

Rechtsanwältin Dr. Michèle John erklärt dazu aus juristischer Sicht: „Nach unserer Auffassung

liegen die Voraussetzungen für den Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses vor, denn es sind nachträglich neue Tatsachen eingetreten, die diesen rechtfertigen. Dazu gehören neue wissenschaftliche Erkenntnisse, die bei Erlass des Planfeststellungsbeschlusses bestimmte vorhandene und berücksichtigte Tatsachen nunmehr allgemein anders bewerten oder zu bewerten haben. Dazu gehört ein neuer Stand von Wissenschaft und Technik beispielsweise bei der systematischen Szenarienanalyse, den neuen Dosiskoeffizienten und dem notwendigen einschlusswirksamen Gebirgsbereich (ewG). Es bleibt auch dabei, dass der Planfeststellungsbeschluss seinerzeit auf Grundlage einer völlig unzureichenden Datengrundlage ergangen ist.“

Für das Bündnis gegen Schacht KONRAD, das von der IG Metall Salzgitter-Peine, dem Landvolk Braunschweiger Land, der Arbeitsgemeinschaft

Schacht KONRAD und der Stadt Salzgitter getragen wird, erklärt Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel: „Die Anforderungen an die Sicherheit und den Langzeitsicherheitsnachweis müssen für alle schwach und mittelmäßig radioaktiven Abfälle gleich sein, ob sie nun in Schacht KONRAD eingelagert werden sollen oder an einem anderen Standort. Die derzeitige Ungleichbehandlung führt zu deutlich weniger Sicherheit am Standort KONRAD. Das kann nicht richtig sein. Das kann weder richtig noch rechtskonform sein und ist den Menschen in unserer Region auch nicht vermittelbar. Das sklavische Festhalten an einem offensichtlich nicht den heutigen Anforderungen entsprechenden überalterten Planfeststellungsbeschluss untergräbt zusätzlich das Vertrauen der Menschen in unserer Region in die verantwortlichen Entscheidungsträger. Deshalb muss die Genehmigung aufgehoben werden.“

## Der Klimawandel, die Menschen und das Handeln

**Salzgitter.** Die Volkshochschule lädt nächste Woche zu einem Online-Vortrag auf ihre Internetseite [www.vhs-salzgitter.de](http://www.vhs-salzgitter.de) ein. Am Mittwoch, 22. Januar, von 19.30 bis 21 Uhr geht Prof. Dr. Mojib Latif auf den Klimahandel ein und geht der Frage nach, warum die Menschen nicht konsequent gegen die verheerenden Bedrohungen handeln. „Seit über einem halben Jahrhundert wissen wir um die erschreckenden Auswirkungen von Umweltzerstörung und Klimawandel.“

Mojib Latif wendet sich in diesem Vortrag der Frage zu, warum die Menschen trotz besseren Wissens weiterhin auf gefährliche Weise den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Er stellt die unbequemen Fragen nach dem Versagen der Politik und den Interessen weniger mächtiger Konzerne, die von dieser fatalen Entwicklung profitieren und zeigt Wege auf, wie dennoch durch globale Zusammenarbeit die Zukunft nachfolgender Generationen gerettet werden kann. Mojib Latif ist Professor am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel. Seit Januar 2022 ist er Präsident der Akademie der Wissenschaften in Hamburg.

## Die Zukunft ist digital

An den Bushaltestellen im Großraum Braunschweig sollen die neuen Anzeigetafeln in „Echtzeit“ laufen

**Groß Schwülper.** Digitale Fahrplan-Auskünfte in „Echtzeit“, das verspricht der Regionalverband Großraum Braunschweig für sein Gebiet, wenn auch noch nicht an allen Haltestellen. Rund 100 neue digitale Fahrgastanzeigen wurden installiert, sechs davon befinden sich im Stadtgebiet Salzgitters. Das Projekt „HILDE“ - Haltestelleninformationen intelligent, leicht, digital und in Echtzeit - ergänzt die bereits vorhandenen digitalen Fahrgastinformationen.

In Groß Schwülper stellten Verbandsvorsitzender Detlef Tanke und die beiden Geschäftsführer der BSVG, Jörg Reincke, und der VLG, Christian Geymeier, den neuen Anzeiger des Typs LEA vor, nachdem der Anzeigertyp DiFa bereits im Oktober vorgestellt wurde. LEA, wie die kompakten Anzeiger genannt werden, steht für Low-Energy-Anzeiger. Sie zeigen die nächsten vier Abfahrten der Busse an der jeweiligen Haltestelle an. Das Besondere an der Haltestelle „Poststraße“ in Groß Schwülper: sowohl Busse der BSVG als auch der VLG fahren diese an. LEA zeigt somit Informationen zweier Busunternehmen.

Außer diesen kompakten Anzeigern wurden auch rund 40 „Digitale Fahrplanaushänge“ (DiFa) installiert. Diese zeigen zusätzlich auch Tarifinformationen und gesamte Fahrpläne an.

Neu ist, dass alle Anzeiger ohne Stromanschluss auskommen. An rund 90 Prozent der Haltestellen werden die Anzeiger mittels Solarstrom betrieben, an den übrigen Standorten mittels Batterie. Fast überall wurde vorhandene Infrastruktur (Haltestellenmasten und Wartehäuschen) genutzt.

„Es ist uns wichtig, die Nutzung des ÖPNV Schritt für Schritt zu vereinfachen und komfortabler zu machen, unter anderem mit Echtzeit-Informationen in Apps, in Fahrzeugen und eben auch an Haltestellen“, betont Detlef Tanke. „Auch in Zeiten knapper Kassen wollen wir dafür sorgen, dass der ÖPNV attraktiver wird. Deshalb nutzen wir vorhandene Infrastruktur und schauen verstärkt, welche Förderprogramme uns helfen können.“

Alle Anzeiger zeigen die nächsten Abfahrten an und informieren über mögliche Störungen oder Fahrtausfälle. Außerdem verfügen alle über ein „Text-to-Speech-Modul“ (Sprachmodul), mit dem sich sehingeschränkte Fahrgäste die Inhalte vorlesen lassen können. „In enger Zusammenarbeit der jeweiligen Verkehrsunternehmen mit dem Regionalverband wurden die Haltestellen festgelegt, an denen diese Anzeiger installiert werden“, erläutert Jörg Reincke. „Im ländlichen und



Alles in Echtzeit: Verbandsvorsitzender Detlef Tanke (Mitte) und die beiden Geschäftsführer Christian Geymeier (VLG) und Jörg Reincke (BSVG) stellen die neue digitalen Anzeigetafel vor.

FOTO: REGIONALVERBAND

suburbanen Raum war es bislang schwierig dynamische Fahrgastinformationen zur Verfügung zu stellen. Das verbessert sich ab sofort.“

Christian Geymeier ergänzt: „Unsere Fahrgäste bekommen definitiv Auskünfte in Echtzeit. Wir sind überzeugt, dass auch diese kleinen Schritte die Nutzung des ÖPNV durchaus attraktiver machen.“ HILDE knüpft an das DFI-Projekt an, in dem rund 460 größere Digitale Fahrgast-Informations-Anzeiger vor allem an Bushaltestellen mit vielen Einsteigern installiert wurden. Defekte Anzeiger dieser Serie

werden in diesem Jahr repariert oder erneuert.

Jetzt liegt der Fokus auf Haltestellen im suburbanen und ländlichen Raum, der aufgrund der Fördervorgaben beim DFI-Projekt nicht berücksichtigt wurde. Gefördert wird das Projekt zu 80 Prozent vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr, die restlichen 20 Prozent übernimmt der Regionalverband als Eigenanteil. Insgesamt werden rund 930.000 Euro investiert. Aufgrund der Vergaberichtlinien konnten sich nur kommunale, keine privatwirtschaftlichen Busunternehmen beteiligen.